



## **Der Faktencheck der SPD - "Was ist dran an der Islamkritik der AfD?"**

nachzulesen auf [www.spd.de](http://www.spd.de) vom 19.04.2016

In meinen Ausführungen versuche ich aufzuzeigen, wie der Bürger mit Halbwahrheiten, Verdrehungen und Halbwissen manipuliert wird.

Als „Faktencheck“ titulierte die Bundes-SPD ihre jüngst veröffentlichte Stellungnahme zur „Islamkritik der AfD“.

Um dann statt Fakten unhaltbare Thesen zu präsentieren, die nur ein Ziel haben: Jegliche Islamkritik zu unterbinden.

Die SPD war seit vielen Jahrzehnten Deutschlands führende, säkulare (weltliche) Partei. Um so mehr muss es jetzt erstaunen, mit welcher Vehemenz sie sich für den Islam einsetzt.

Ist das tatsächlich nur eine Reaktion darauf, dass die noch kleine, ungeliebte AfD so deutlich die Thesen des Thilo Sarrazin aufgegriffen hat und sich an die Spitze einer Religionskritik stellt, die man doch eigentlich von der alten Tante Sozialdemokratie, hätte erwarten sollen?

Jedenfalls hat sie sich verleiten lassen, ein als „Faktencheck“ titulierte Papier zu veröffentlichen, in dem sie, die Tochter der antiklerikalen Aufklärung, sich in die vorderste Reihe der Islamverstehler stellt.

Für mich ist das allerdings schwer zu verstehen. Und dieses um so mehr auch deshalb, weil das, was sie als „Fakten“ ausgibt, damit wenig zu tun hat.

Warum das so ist, versuche ich hier an den einzelnen Punkten des „Faktenchecks“ zu erläutern.



## Der politische Islam

**D**ie SPD schreibt: „Den Politischen Islam“ gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. In Deutschland gibt es keine islamistischen Parteien.“

**D**as stimmt so nicht: Der Islam ist an sich politisch, denn er strebt eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung an, der sich alles andere zu unterwerfen hat. Diese Staats- und Gesellschaftsordnung zeichnet sich dadurch aus, dass sie keinerlei Freiraum für vom Islam abweichende Lebensentwürfe lässt.

„Ungläubige“ haben in dieser Staatsordnung keinen Platz – falls sie überhaupt geduldet werden, dann über Kopfsteuer in einer Quasi-Ghetto-Situation. Ein Recht auf öffentliche Glaubensausübung besteht nicht.

Was ist das denn anderes als „politisch“? Und was soll die SPD davon halten, dass sie früher einmal säkulare Partei war, dass sie im Islam keinerlei Existenzberechtigung schon deshalb nicht hat, weil sie durch und durch unislamisch ist?

**D**ie SPD schreibt, es gäbe Parteien, die sich auf den Islam berufen. Das ist richtig. Sich auf etwas „berufen“ bedeutet, dieses zur programmatischen Grundlage seines Denkens und Handelns zu machen. So wie die SPD sich auf die sozialistischen Vorstellungen von Gleichheit und Menschenrecht beruft, dass „einige dieser Parteien religiösen Grundsätzen einen höheren Wert“ zumessen als individuellen Freiheitsrechten.

**I**ch kenne keine einzige Partei, die sich auf den Islam beruft und den religiösen Grundsätzen keinen höheren Wert als den individuellen Freiheitsrechten zumisst. Das kann sie auch nicht, denn im Islam steht der Gottesstaat über allem und das Individuum hat nur dann eine Existenzberechtigung, wenn es sich dem Glaubenskollektiv vorbehaltlos unterwirft.

Der Islam ist per se diktatorisch und damit undemokratisch.



## Das Glaubensbekenntnis und das Minarett

**D**ie SPD schreibt: „Das Minarett ist genauso wenig ein Herrschaftssymbol wie der christliche Kirchturm.“ Das im Gebetsruf enthaltene Glaubensbekenntnis, „Es gibt keinen Gott außer Gott und Mohammed ist sein Prophet“, bringe lediglich verbindende religiöse Überzeugungen zum Ausdruck.“

Das ist nun aber bestenfalls nur die halbe Wahrheit. Das vollständige Glaubensbekenntnis der Muslime lautet: „Ich bezeuge, dass es keinen Gott gibt außer Allah, und dass Mohammed der Gesandte Allahs ist.“

Das ist nicht Ausdruck einer „verbindenden religiösen Überzeugung“, sondern in der „Bezeugung“ Allahs und der vorgeblichen Prophetenrolle des Menschen Mohammed kein Bekenntnis zu einem „Glauben“ als Wahrheitsannahme einer unbeweisbaren Wahrheitsvermutung, sondern mangels Beweisführungsmöglichkeit im juristischen Sinne eine meineidliche Bezeugung des Unbeweisbaren.

Vielleicht könnte man es wohlwollend als „Dogma“ bezeichnen. Dogma aber hat mit „Glauben“ nichts zu tun, sondern mit Unterwerfung.

**W**as das Minarett betrifft: Selbstverständlich ist das ein Herrschaftssymbol. Das christliche Kreuz auf dem Kirchturm war es zumindest im Mittelalter auch.

Es ist vergleichbar mit den zahlreichen T-34-Panzern, die die Rote Armee nach 1945 überall dort auf Sockeln abgestellt hatte, wo sie erfolgreich die Diktatur des sozialistischen Proletariats durchgesetzt hatte.

Man könnte es mit den Markierungen vergleichen, die in der Tierwelt beispielsweise Hunde an Bäume und Mauern setzen, um ihren Besitzanspruch zu dokumentieren.

**U**nd wenn die SPD nur einmal genau hinschaut, dann wird sie auch erkennen können, dass der Islam gewaltsam übernommene Gotteshäuser von Juden und Christen grundsätzlich mit einem Minarett versehen hat (wenn sie nicht sofort zerstört wurden).

Die christliche Hauptkirche der Heiligen Sophia in Byzanz (Istanbul) ist dafür der beste Beweis: Da tat es nicht nur ein Minarett, da mussten es gleich vier sein, die den Sieg des Glaubensimperialismus des Wüstenarabers über das christliche Byzanz verkünden soll.



## Die Frau im Islam

Die SPD gilt im Bewusstsein vieler immer noch als die Speerspitze der Emanzipation. Nun schreibt sie unter Berufung auf eine gewisse Frau Schröter: „Schröter sieht das Kopftuch nicht als Emanzipationshindernis. Die Kopfbedeckung der Frauen sei allenfalls „ein Bekenntnis zu einer religiös begründeten moralischen Norm“, aber kein Zeichen der Unterordnung unter einen Mann.“

Das stimmt zumindest sehr oberflächlich. Tatsächlich ergeben sich die Bekleidungsregeln für Frauen im Islam weniger aus konkreten Koranpassagen als vielmehr aus archaischen Traditionen einiger seinerzeit zwangsislamisierter Völker.

Heute aber sollte jeder wissen, dass das Kopftuch in der islamischen Revolution des Ajatollah Khomeini zwangsweise eingeführt wurde, um die pro-westlichen, liberalen und bürgerlichen Eliten des Iran zurück unter das Joch der Klerikalen zu zwingen. Seitdem ist es das demonstrative Symbol für den Widerstand gegen die bürgerlich geprägte, säkulare und emanzipierte Gesellschaft.

Frauenemanzipation beruht auf den bürgerlichen Überlegungen der europäischen Aufklärung und auf dem Gleichberechtigungsanspruch der Arbeiterin, die mit ihrer Schaffenskraft ihre Beteiligung an politischer und gesellschaftlicher Teilhabe erkämpft hat. Und nun kommt die SPD und erklärt all diesen Frauen aus Bürgertum und Arbeiterschaft, dass das Symbol der Unterwerfung unter einen Klerus alter, verklemmter Männer kein Emanzipationshindernis sei? Hast sie denn ganz vergessen, wie das damals war im Iran?

Aber selbst dann, wenn man diese Geschichtslektion großzügig ausblendet: Islamische Geistliche begründen den Verhüllungszwang auch damit, dass die „Reize der Frauen“ den Mann zu unmittelbaren sexuellen Handlungen verführen müssten. So wird ja auch begründet, dass muslimische Männer Frauen den Handschlag verweigern. Mit anderen Worten: Da islamische Männer ihre Hormone nicht in den Griff bekommen, muss Frau sich verschleiern. Tut sie dieses nicht, ist sie an der unvermeidbaren Vergewaltigung selbst schuld. Da muss man sich doch gerade als gläubiger Mensch fragen: Warum hat Gott die Frau mit Schönheit und Reiz ausgestattet, wenn der Mann damit total überfordert ist und wie ein hormongesteuerter Rammeler über alles Weibliche herfällt?

Aber abgesehen davon: Für mich als emanzipierten, männlichen Europäer ist die Verschleierung angefangen beim Kopftuch daher auch eine ständige, persönliche Beleidigung. Denn sie signalisiert mir: „Du bist ein potentieller Vergewaltiger, der sich nicht im Griff hat!“

Im übrigen sollte die SPD doch auch wissen, dass die Frau im Islam bestenfalls nur die Hälfte des Mannes wert ist. Vor Gericht entwertet das Zeugnis nur eines Mannes das Zeugnis von zwei Frauen – weshalb Frauen beispielsweise in Vergewaltigungsprozessen niemals eine Chance haben.

Im Erbrecht sieht es ähnlich aus. Und vielleicht hilft der SPD, auch noch dieser Hinweis: Im Koran werden ständig die Männer direkt angesprochen – Frauen jedoch nie. Sie sind immer nur Gegenstand der Erörterung. Das macht natürlich allein schon deshalb Sinn, weil Frau in Mohammeds Welt über den „Brautpreis“ käuflich erworben und damit faktisch zum Eigentum des Käufers wurde.



## Der „Islam in seiner heutigen Form“

**Die SPD** schreibt: „Menschen können sich in eine Gesellschaft integrieren, nicht aber eine Religion. Der „Islam in seiner heutigen Form“ ist ein theoretisches Konstrukt, das so in der Realität nicht existiert. Es gibt säkulare (weltliche) und strenggläubige Muslime, Sunniten, Schiiten und Anhänger anderer islamischer Religionsgemeinschaften. Fakt ist allerdings auch, dass der radikale Salafismus seit etwa 20 Jahren zu den besonders stark wachsenden Strömungen zählt.“

**Den ersten Satz** verstehe ich nicht. Religion ist demnach etwas, was außerhalb, jenseits der Gesellschaft eigenes Recht entfaltet? Ich stelle mir gerade vor, unsere katholischen Bischöfe oder jüdischen Rabbiner würden so etwas formulieren. Da möchte ich mir das Geschrei der SPD lieber gar nicht vorstellen.

Aber für den Islam soll das nun gelten? Er soll sich nicht in unsere Gesellschaft einfinden, unsere mühsam erworbenen Regeln des Zusammenlebens nicht akzeptieren müssen? Damit weist die SPD dem Islam eine Sonderrolle zu, die sie bei keiner anderen Gemeinschaft akzeptieren würden. Und sie übernimmt damit das anti-aufklärerische Selbstverständnis des Islam, über jeglichem menschengemachten Recht zu stehen.

Das kann ich einfach nicht glauben – und deshalb frage ich: Ist das tatsächlich die Auffassung der SPD? Oder hat sie da im „Faktencheck“ nur irgendwelchen undurchdachten Unsinn geschrieben? So, wie sie es formuliert hat, drängt sich mir allerdings der Eindruck auf, dass sie eigentlich sagen will: Da sich Religionen nicht „integrieren“ können, lassen sich auch deren Anhänger nicht integrieren. Also die Abkehr von der Idee, aus Muslimen Deutsche machen zu können. Wird dann wohl umgekehrt laufen müssen ...

**Unabhängig davon** aber ist Fakt, dass der islamische Salafismus-Wahabismus bereits seit dem 18. Jahrhundert in seiner fundamentalistischen Koranauslegung bis heute die bedeutsamste Reformkraft des Islam ist – nicht erst seit zwanzig Jahren. Und er ist kein „theoretisches Konstrukt“, sondern sehr real. Beispielsweise in Saudi-Arabien. Und selbstverständlich bei den Taliban und dem Islamischen Staat. Aber zunehmend mehr beispielsweise auch in der Türkei und in Kreisen in Europa lebender Muslime.

„Der Islam in seiner heutigen Form“ unterscheidet sich tatsächlich durch nichts vom Islam in seiner gestrigen Form. Denn: Der Koran gilt Muslimen als unmittelbares Gotteswort. Dieses Gotteswort ist deshalb weder verhandelbar, interpretierbar noch gar veränderbar.

**Wer den Islam ändern will** oder einem „säkularen Islam“ das Wort redet, der wird in den Augen der gläubigen Muslime zum Verräter und Abtrünnigen. Dafür sieht die geltende islamische Rechtsauslegung auch heute noch die Todesstrafe vor. Daran ändert sich nichts dadurch, dass es einzelne Muslime gibt, die das vorgebliche Wort Allahs nicht wörtlich und ernst nehmen. Die breite muslimische Mehrheit allerdings hat für solche Menschen nur Verachtung übrig.

Ansonsten erinnert die Erklärung der SPD ein wenig an den Umgang mit dem Sozialismus / Kommunismus: Beides existiert offenbar nur in der Fantasie einer fernen Zukunft. Das macht aber auch irgendwie Sinn, denn Kommunismus wie Islam sind letztlich kollektivistische Instrumente zum Durchsetzen einer Elitenherrschaft über das dumme und unsteuerbare Volk.



## Islam, andere Religionen und das Recht

Die SPD versucht es mit einem Vergleich. Obwohl sie natürlich weiß, dass Vergleiche fast immer hinken. Aber das hat ja schon Gesine Schwan nicht davon abgehalten, mit diesem unhaltbaren Judenvergleich, den nun der Alleinvertreter des Islam in Deutschland, Aiman Mazyek, erneut in die Welt geblasen hat.

Und so nun sieht der aktuelle Vergleich aus: „Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden. Zu diesem Ergebnis gelangte eine an der Universität Chicago forschende Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich von 1987 bis 1993 mit fundamentalistischen und politisierten Formen der Weltregionen befasst hat. Der Wahabismus, der in Saudi-Arabien Staatsreligion ist, steht in einigen Punkten im Widerspruch zu unserem Grundgesetz. Das Gleiche lässt sich allerdings auch für die Gesetze von US-Bundesstaaten sagen, in denen die Todesstrafe zulässig ist.“

Damit ist die SPD nun aber gleich in einen ganz großen Sack voller Fettnäpfchen getreten.

**B**eginnen wir mit der politischen Instrumentalisierbarkeit. Nicht nur Tilman Nagel (2005 in der NZZ) und Armin Pfahl-Traugber (2011 für die Bundeszentrale für politische Bildung) kamen zu gänzlich anderen Ergebnissen. Es gibt keine Unterscheidung zwischen dem Islamismus und einem angeblich unpolitischen Islam. Ja, es gibt ein paar Strömungen, die den Islam zu entpolitisieren versuchten. Die Sufi (Strömungen im islamischen Kulturkreis) beispielsweise. Wenn man aber genau hinschaut, dann traten diese Sektierer nur noch unter dem Deckmantel des Islam auf, weil sie andernfalls um ihre Existenz hätten bangen müssen.

**S**chauen wir nun einmal auf Juden- und Christentum. Beide haben eine lange Geschichte der Vergeistigung und der Aufklärung hinter sich. Auch haben weder Juden noch Christen auf Grundlage ihrer heiligen Bücher jemals einen Weltherrschaftsanspruch deklariert, wie dieses unabweisbar im Islam mit der strikten Trennung der Welt in ein „Gebiet des Schutzes“ (Dar al’Islam als alles Land unter islamischer Herrschaft) und ein „Gebiet des Krieges“ (Dar al’Harb als alles Land, in dem der Islam erst noch zur Herrschaft gebracht werden muss) stattfindet.

Der jüdische Gott des Mose interessiert sich ausschließlich für seine jüdische Gemeinschaft – was außerhalb derselben geschieht, ist ihm egal.

Der christliche Gott des Jesus ist ein säkularer Gott, der den weltlichen Staat sorgfältig von der religiösen Hoffnungserwartung trennt (Matthäus 21-22). Allein schon deshalb sind Judentum und Christentum nicht mit dem Islam zu vergleichen.

Übrigens: Dass der Koran sich zeilenweit immer wieder sowohl gegen die „Israeliten“ wie auch gegen die „Beigeseller“ (Götzendienen) wendet, sollte doch ebensowenig unerwähnt bleiben wie das Faktum, dass der Vordere Orient nebst nordafrikanischer Küste vor der arabisch-islamischen Invasion christlich-jüdisch geprägt war.



**Richtig** ist, dass vor allem das Christentum ausgehend von der Spätantike im Mittelalter politisch instrumentalisiert wurde und das Judentum dereinst mit einem Gottesstaatsanspruch startete, diesen jedoch bereits in der Spätantike überwunden hatte.

Spätestens aber in Folge der westeuropäischen Aufklärung hat sich sogar der katholische Papst von der Idee weltlicher Herrschaft verabschiedet. Das ist also tatsächlich Geschichte.

Der Islam aber kann allein schon deshalb nicht politisch instrumentalisiert werden, da bei ihm der politische Anspruch ohnehin im Vordergrund steht. Er ist mit seinem Anspruch, das gesellschaftliche Leben ohne jeden Abstrich im Sinne Mohammeds zu gestalten, bereits so politisch, dass eine "Politisierung" absurd wäre.

**Abschließend** greift die SPD dann noch zu einem völlig unhaltbaren Vergleich, mit dem sie offenbar das wahabitisch-radikal-islamische Saudi-Arabien reinwaschen möchte.

Sie schreibt, das Scharia-Recht stehe „in einigen Punkten im Widerspruch zu unserem Grundgesetz“. Hat die SPD denn überhaupt nicht verstanden, was unser Grundgesetz ist?

Dabei handelt es sich um einen Gesetzeskanon, den Menschen sich selbst gegeben haben, um ein gedeihliches Zusammenleben in unserer Republik zu ermöglichen. Unser Grundgesetz ist menschengemachtes Recht.

**Die Scharia** aber ist Gottesgesetz. Der Begriff Scharia bezeichnet das islamische Recht; es enthält die Gesamtheit der Gesetze, die in einer islamischen Gesellschaft zu beachten und zu erfüllen sind. Sie basiert auf dem Koran und auf der sich ab der Mitte des 7. Jahrhunderts herausbildenden Überlieferung vom normsetzenden Reden und Handeln Mohammeds. Sie steht als solches über jeglichem menschengemachten Gesetz. Damit steht es über jeder staatlichen Verfassung, die es nicht anerkennt – und ist somit in jeder Hinsicht verfassungsfeindlich. Das gilt auch dann, wenn die eine oder andere Passage der Scharia nicht in offenem Widerspruch zum Grundgesetz stehen sollte: Die Scharia ist der ideologische Gegenentwurf zum aufgeklärten Rechts- und Gesellschaftsverständnis unserer europäischen Welt.

**Die Positionierung** der SPD zu Saudi-Arabien, wonach das Scharia-Recht „in einigen Punkten vom Grundgesetz“ abweiche, vermittelt nun aber sogar den Eindruck, es handle sich dabei nur um geringfügige, vernachlässigbare Abweichungen. Dem ist nicht so. Hier geht es ums Eingemachte.

Aber da scheint es bei der SPD ja tatsächlich einige Verständnisdefizite zu geben. Denn wie anders wäre es zu erklären, dass aus ihren Reihen immer wieder Vorstöße zu hören sind, man könne bei uns doch auch das Scharia-Recht zumindest teilweise anwenden.

**Nein** kann man nicht. Jedenfalls nicht in einer aufgeklärten, europäischen Gesellschaft, die sich selbst ein Grundgesetz und zahlreiche andere Gesetze auf säkularer Basis gegeben hat.

Wer so etwas fordert, der verlässt den Boden unserer Verfassung, weil er sich vorgeblichem Gottesrecht unterwirft.

Die SPD sollte noch einmal darüber nachdenken und ihre säkularen Väter von August Bebel bis Kurt Schumacher fragen, was sie wohl von solch absurden Ideen gehalten hätten.



**N**un noch ein Wort zum wirklich abstrusen USA-Vergleich. Was die Todesstrafe in den USA betrifft: Auch die ist menschengemachtes Recht und kann jederzeit mit einfacher Mehrheit auf demokratischem Wege abgeschafft werden.

Die Todesstrafe und andere, archaische Bestrafungsmethoden wie Auspeitschung und Steinigung, die in der Scharia vorgegeben sind, aber unterstehen keinerlei menschlichem Anspruch und Beschluss – und damit hat die SPD, nicht nur Äpfel und Birnen verglichen, sondern betreibt Volksverdummung.

**V**ielleicht sollte die SPD, auch einfach einmal einen Blick in den Koran werfen. Kaum ein Wort taucht dort so häufig auf wie „Strafe“.

Dieses Buch ist voller Strafandrohungen für alles und jedes – es versucht den Menschen seiner Individualität zu berauben und stellt jegliche Abweichung vom Mainstream unter übelste Strafandrohungen.

Wenn die SPD, nun ihre Liebe dazu entdeckst, dann könnte man fast geneigt sein, dass ihr eigener Kollektivismus sich gern mit ähnlichen Mitteln durchsetzen möchte.

Demokratisch aber ist das nicht – und aufgeklärt schon gar nicht.

## Islam und Menschenrecht

**Z**um Abschluss unternimmt die SPD dann noch den Versuch, ihren Zuhörer zu erklären, dass die islamischen Staaten ähnlich wie wir Europäer auf der Basis eines allgemeingültigen Menschenrechts agieren.

Wörtlich schreibt sie: „Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) hat 57 Mitglieder, von denen 45 die sogenannte Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam unterzeichnet haben.“

Die OIC ist kein Staatenbündnis wie die EU. Sie ist eine zwischenstaatliche Organisation, deren Vereinbarungen für die einzelnen Mitglieder nicht verbindlich sind. Die 1990 verabschiedete Kairoer Erklärung beinhaltet einige umstrittene Textstellen mit Hinweis auf die Scharia. Der Politologe Turan Kayaoglu forderte 2012 eine Revision des Dokuments, das aus seiner Sicht Defizite in puncto Meinungsfreiheit und Frauenrechte aufweist.

**W**er, wie die SPD, Bezug auf diese sogenannte „Kairoer Erklärung der Menschenrechte“ nimmt, der sollte dann seine Zuhörer aber vor allem dann, wenn er wie die SPD seine Behauptungen mit „Faktencheck“ überschreibt, auch erläutern, dass diese „Erklärung“ aber auch nicht das Geringste mit unserem westeuropäischen Menschenrechtsbegriff zu tun hat.

Denn diese Erklärung steht in jeder Hinsicht – und nicht nur in „einigen umstrittenen Textstellen“ – von den Unterzeichnern gänzlich unbestritten unter dem absoluten Vorbehalt der vorgeblich gottgegebenen Scharia und gilt faktisch nur in dem Rahmen, der vom Islam vorgegeben wird. Beispielhaft sei hier auf ein paar Passagen hingewiesen, die die SPD vorsorglich unterschlagen hast.



## Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger Aktuelles zur Völkerwanderung am 30. April 2016



**W**örtlich steht in der Erklärung zu lesen: „Das Leben ist ein Geschenk Gottes, und das Recht auf Leben wird jedem Menschen garantiert. Es ist die Pflicht des einzelnen, der Gesellschaft und der Staaten, dieses Recht vor Verletzung zu schützen, und es ist verboten, einem anderen das Leben zu nehmen, außer wenn die Scharia es verlangt.“

Notabene (wohlgemerkt), SPD: „Außer wenn die Scharia es verlangt“! Was könnte an dieser Formulierung „umstritten“ sein? Sie ist klar und unmissverständlich.

Sie wird als „einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels dieser Erklärung“ festgeschrieben. Daraus folgt beispielsweise, dass es verboten ist, das Recht auf freie Meinungsäußerung dazu zu nutzen, „die Heiligkeit und Würde der Propheten zu verletzen, die moralischen und ethischen Werte auszuhöhlen und die Gesellschaft zu entzweien, sie zu korrumpieren, ihr zu schaden oder ihren Glauben zu schwächen“.

**D**eswegen steht im Islam auf „Gotteslästerung“ die Todesstrafe – unverrückbar und zwangsläufig. Was eine solche Einschränkung noch mit „freier Meinungsäußerung“ zu tun haben soll, das müsste die SPD den Bürgern erst einmal erklären.

Allerdings ist mir nicht klar, wie das wohl funktionieren soll, denn letztlich „schadet und entzweit“ alles die islamische Gesellschaft, das als Kritik am Islam interpretiert werden könnte.

**E**benso steht beispielsweise Eltern das Recht auf die Wahl der Erziehung ihrer Kinder nach dieser sogenannten Menschenrechtserklärung nur in dem Umfange zu, wie diese Erziehung mit den „ethischen Werten und Grundsätzen der Scharia übereinstimmt“.

Mit anderen Worten: Wer beispielsweise sein Kind christlich oder atheistisch erzieht, verliert auf Basis islamischen „Menschenrechts“ seinen Erziehungsanspruch.

**D**iese Erklärung der islamischen Staaten ist eine Deklaration der im Koran und in der Scharia festgeschriebenen Unterwerfung des Menschen unter vorgeblich von einem Gott aufgegebenen Befehlen.

Mit den Werten der westeuropäischen Aufklärung hat das nicht das Geringste zu tun. Wie die SPD als frühere Vertreterin der ausgebeuteten Massen allen Ernstes eine solche Erklärung feiern kann – das wird wohl auf ewig ein Rätsel bleiben müssen.



## Fazit : Islam und Demokratie geht nicht zusammen

Eine ganz entscheidende Frage hat die SPD dann vorsorglich auch gar nicht erst aufgegriffen: Ist der Islam mit dem Grundgesetz vereinbar? Die Antwort darauf lautet notwendig „Nein“.

Denn der Islam ist eine Zwangsgemeinschaft mit Mitgliedschaft qua Geburt. Da nun gleichzeitig der Austritt des Einzelnen aus dieser Zwangsgemeinschaft nach geltender, höchstoffizieller islamischer Rechtsauslegung mit dem Tode bedroht ist, verstößt der Islam per se gegen Artikel 2 unseres Grundgesetzes.

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Doch** auch auf den Artikel 4 GG kann der Islam sich selbst dann nicht berufen, wenn man ihn als Glaubensgemeinschaft und nicht als politreligiöse Welteroberungssekte versteht. Denn der Artikel 4 garantiert die individuelle Freiheit des Glaubens, nicht die kollektive einer Glaubensgemeinschaft.

Das verlangt zwingend die Freiheit des Einzelnen, ohne Konsequenzen durch Dritte seine Glaubensgemeinschaft verlassen und seinen Glauben ablegen oder ändern zu dürfen.

Solange weltweit alle führenden islamischen Rechtsgelehrten ein solches Verhalten von Geburtszwangsmuslimen im Apostasieverbot (Abwendung von einer Religionszugehörigkeit) mit Todesstrafe belegen und dieses immer wieder bestätigen, ist der Islam verfassungsfeindlich und hat nicht nur keinen Anspruch auf Behandlung nach Artikel 4 GG, sondern verstößt gegen diesen.

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
- (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**All** das macht deutlich: Erst wenn die entscheidenden Rechtsinstanzen des Islam wie beispielsweise die Kairoer Al-Azhar grundlegende Änderungen am Islam vornehmen – und sich damit im islamischen Verständnis selbst der Abtrünnigkeit begeben – kann diese Philosophie zu Deutschland und zu Europa gehören. Bis dahin ist sie nicht demokratie-tauglich.

Dem Islam fehlt in jeder Hinsicht alles, was in Westeuropa das Gottesdiktat des Mittelalters als Aufklärung in den Säkularismus der Moderne geführt hat.

Deshalb scheinen mittlerweile tatsächlich jene Recht zu bekommen, die die SPD bereits böse als „Scharia Partei Deutschlands“ bezeichnen.



**Wer** einen „Faktencheck“ voller Un- und Halbwahrheiten vorlegt, darf sich nicht wundern, wenn ihm die Wähler faktisch in Scharen den Rücken kehren.

Die säkularen Väter von August Bebel bis Kurt Schumacher würden sich vor Entsetzen die Augen reiben!

Aber Fakt ist auch, Menschen muslimischen Glaubens gehören mittlerweile zu Deutschland.

Der Islam jedoch, gehört nicht zu Deutschland, denn er strebt eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung an, der sich alles andere zu unterwerfen hat.

Er ist schlichtweg mit unserem Grundgesetz und mit unseren Werten nicht vereinbar.

*Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.*

*Ich hoffe, mein aktueller Standpunkt „Warum der Islam nicht zu Deutschland gehört“ im Zusammenhang mit der gescheiterten Asylpolitik und anderen Themen wird das Wissen und das Verständnis unserer Zukunftsprobleme deutlicher machen. \**

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

*\* Die gemachten Ausführungen zu diesem aktuellen Thema stellen nur meine Meinung dar. Es ist nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder ist vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*